

# UNIVERSITÄTSZEITUNG

17

ORGAN DER SED-KREISLEITUNG



KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG  
18. 4. 1968  
12. JAHRGANG  
15 PFENNIG

## Nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke in Westberlin

# Einheitsfront von Arbeitern und Studenten gegen Faschisierung

● Eskalation der Notstandspolitik durch Kiesinger und Schütz ● Polizei und Neonazis mit SS-Methoden gegen Demokraten ● Außerparlamentarische Opposition fordert Absetzung des Westberliner Senats und Demokratisierung der Massenmedien ● Barrikaden und lebende Mauern gegen Springer

Nach der Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg und dem Freispruch seines Mörders, nach der Ermunterung der Neonazis durch die Bundestagssitzung am 9. Februar, durch die Pogromkundgebung in Westberlin am 21. Februar und die Springer-Presse ist der Mordanschlag auf den sozialistischen Studentenfunktionär Rudi Dutschke nur als Signal zur Eskalation der Notstandspolitik und der weiteren Faschisierung zu verstehen. Kiesinger und Schütz – außerstande, die Widersprüche des staatsmonopolistischen Systems mit den Mitteln bürgerlicher Demokratie zu steuern – schufen bewußt jene Atmosphäre, in der der 23jährige Neonazi Josef Bachmann seine Schüsse auf Rudi Dutschke abfeuerte. Ihre Antwort auf die spontanen Protestaktionen in Westberlin und ganz Westdeutschland: Notstandsalarm für Zehntausende Polizisten, die nach dem Vorbild der SS wüteten, Präsenz von Treibjagden, Straßenschlachten und bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Mutig begannen sich Arbeiter, Studenten und Intellektuelle zur antifaschistischen Einheitsfront zu formieren. In Westberlin lauteten ihre Forderungen: Rücktritt des Senats, Enteignung Springers, Demokratisierung der Massenkommunikationsmittel.



Wenige Wochen vor seiner Ermordung hatte Dr. Martin Luther King in einer Rede zum 100. Geburtstag des großen Humanisten Prof. Du Bois, der nach mit 93 Jahren in die KP der USA eingetreten war, ein bemerkenswertes Bekenntnis geäußert: „Unsere unvermeidliche Besessenheit vom Antikommunismus hat uns in zu viele Sumpfe geführt. Auch in Westdeutschland und Westberlin, wo sich die Widersprüche des Imperialismus als stärker zu erweisen beginnen als ihre Verschleierung und die antikommunistische Manipulation und vor allem von der Jugend echte Demokratisierung und Einschränkung der Macht der Monopole immer nachdrücklicher gefordert wird, sehen die Sachverwalter der Monopole nur ein Mittel zur Erhaltung ihrer Machtpositionen: als Vorgriff auf die geplante Notstandsdictatur die brutale Gewalt ihres Polizeiapparates gegen die demokratische Opposition in Bewegung zu setzen und die Neonazis zum Mordterror aufzuspüren.“

Rudi Dutschke ist ein Funktionär des SDS, der mit weitgehender politischer Forderungen große Resonanz findet. Er erklärte sich ausdrücklich gegen den Antikommunismus, er tritt für grundsätzliche gesellschaftliche Umwälzungen in Westdeutschland und Westberlin auf. Er entlarvte die bürgerliche Scheindemokratie mit den Worten, der „Rechtsstaat“ funktioniert nur, wenn massenhaft Druck auf ihn ausgeübt werde. Und er bemüht sich um Kontakt zur Arbeiterklasse als dem natürlichen Verbündeten der demokratischen Studenten und Intellektuellen.

Schon seit Monaten hatte die Springer-Presse Dutschke markiert und einer Kulmord-

Kampagne ausgesetzt. Doch die Schüsse galten nicht nur Dutschke; es waren Schüsse der alten und neuen Faschisten zur Einschüchterung der gesamten außerparlamentarischen Opposition. Ihre Fortsetzung fanden sie in den Knüttel- und Wasserwerferattacken der Polizei, die insbesondere die Häuser des Springer-Konzerns mit gräßlicher Brutalität zu schützen suchte.

Doch allem Terror zum Trotz begannen sich Demokraten aller Schichten zur einheitlichen antifaschistischen Aktion zusammenzuschließen. Arbeiter und Studenten in Westberlin, die gemeinsam unter roten Fahnen marschierten (unser Bild), forderten einmütig: Ein neuer Senat soll demokratische Verhältnisse in der Stadt schaffen; die Produktionsmittel des Springer-Konzerns sind in den Dienst einer demokratischen Öffentlichkeit zu stellen. Die Rundfunksender RIAS und SFB sind durch Vertreter der außerparlamentarischen Opposition unter Kontrolle zu nehmen. Sie verlangen täglich eine Stunde Sendezeit, um sich mit allen Werktätigen der Stadt über die aktuellen politischen Fragen zu verständigen.

Die Klarheit dieser Forderungen und ihre Unerschwundenheit zeigen: Die Kraft ist da, die den drohenden Einbruch des Faschismus zu verhindern vermag. Und es bestätigt sich auch schon vielfältig, was Walter Ulbricht hier in der Leipziger Kongreßhalle vor wenigen Wochen über die außerparlamentarische Opposition in Westdeutschland und Westberlin sagte: Sie wird ungeachtet aller Schwierigkeiten ihre eigene Strategie und Taktik entwickeln, sie wird kämpfen lernen und Erfolge erringen.



Rudi Dutschke bei einer Kundgebung mit Jugendlichen

Foto: Zentralbild

# Gesamtkonzeption für Hochschulreform rasch entwickeln

SED-Kreisleitung und Parteiaktiv bilanzierten Verfassungsdiskussion und Parteiwahlen und stellten nächste Aufgaben

- In der Verfassungsdiskussion wuchs bei den Universitätsangehörigen das Verständnis für die Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei
- Beachtliche Fortschritte in der klassenmäßigen Erziehung der Studenten
- Parteiwahlen brachten zahlreiche Initiativen zur Lösung komplizierter Aufgaben der Wissenschaftsentwicklung – aber die Hochschulreform wurde bisher ungenügend komplex geführt
- Fehlende Gesamtkonzeption der Universität, isolierte Veränderungen in einzelnen Bereichen und ungenügende Förderung der Schrittmacher hemmen schnelleres Vorankommen
- „Respektlose“ Überprüfung der Lehrinhalte – Orientierung auf zukunftsfruchtige Probleme
- Profilierung muß Konsequenz der Konzentration der Kräfte auf strukturbestimmende Schwerpunkte sein
- WiFa begann moderne Methoden der Führungstätigkeit zu praktizieren
- Die Einbeziehung aller Universitätsangehörigen in die Veränderungen organisieren

Am 13. April fand die 7. Sitzung der SED-Kreisleitung statt, und am 17. April tagte das Parteiaktiv an der Karl-Marx-Universität. Gegenstand der Beratungen waren die Ergebnisse der Parteiwahlen und des Volksentscheids sowie die weiteren Aufgaben der Parteiorganisation bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VII. Parteitages an der Universität.

Im Referat auf der Kreisleitungssitzung, das von der Leitung einmütig bestätigt wurde und damit die Grundlage für das Referat auf dem Aktiv bildete, konnte eingeschätzt werden: Die gewachsene Bereitschaft zum politischen Gespräch der Parteimitglieder und Kandidaten und ihren parteilosen Jugendfreunden und Kollegen hat die Diskussion des Entwurfs der sozialistischen Verfassung an der Universität zu einer umfassenden Volksausprache über die Grundlagen der gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung in der DDR werden lassen. Weiter wird festgestellt, daß es in der Aussprache über die sozialistische Verfassung während der Parteiwahlen gelang, das Verständnis für die wachsende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei zu vertiefen, wobei sich dieser Klärungsprozeß in ständige Auseinandersetzung mit aus der imperialistischen Konvergenztheorie entlehnten Auffassung über die angeblich-dominierende Rolle der Intelligenz in der wissenschaftlich-technischen Revolution vollzog. Überall, wo vom Grundcharakter unserer Epoche und der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus als entscheidenden Prozeß unsere Entwicklung ausgegangen wurde, konnten eindeutige Fortschritte in der Klärung erzielt werden.

Die Kreisleitung stellte fest, daß im Verlaufe der Parteiwahlen eine Reihe konstruktiver Ideen und Initiativen zur Verbesserung der sozialistischen Erziehung, der Profilierung und der Einführung des Dreiphasenstudiums usw. entwickelt wurden, daß aber nur in wenigen Bereichen die Maßnahmen in ihrem komplexen Zusammenhang der sozialistischen Hochschulreform beraten und in Angriff genommen wurden.

Die Orientierung der Kreisleitung auf die Herstellung der Einheit von sozialistischer Erziehung und Ausbildung hat sich ausgehend vom Parteiaktiv im Dezember insbesondere in erhöhter erzieherischer

Wirksamkeit vieler Angehöriger des Lehrkörpers ausgewirkt. Dabei gilt es aber, eine eingetretene Beschränkung auf die sozialistische Wehrerziehung zu überwinden und die sozialistische klassenmäßige Erziehung voll in der täglichen Arbeit zu verwirklichen.

Die Vorbereitung und Durchführung des Volksentscheids zeigt – so heißt es weiter –, daß es bei klarer politischer Orientierung und Führung durch die Partei – wenn die Menschen begriffen haben, worum es geht – nicht schwer ist, die Universitätsangehörigen in voller Breite zu aktivieren.

Kritisch schätzte das Referat den Stand der Verwirklichung der Hochschulreform ein und kennzeichnete die Probleme, die zu lösen sind, um ihren rascheren Fortgang zu bewirken: Der Grundmangel besteht darin, daß die Veränderungen an der Universität nicht komplex eingeleitet werden, sondern bereitsmäßig isoliert gearbeitet wird. Das ist so, weil es keine Gesamtkonzeption der Durchführung der Hochschulreform an der Universität gibt, das Bild der zu gestaltenden sozialistischen Karl-Marx-Universität im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus nicht klar ist und auch nicht zielstrebig erarbeitet wird, weil Wissenschaftler, die fähig und willens sind, geforderte Veränderungen zu vollziehen, ungenügende leitungsmäßige Vollmachten dazu erhalten. Die Schrittmacher der Hochschulreform erfahren nur ungenügende Förderung. Die Studenten, um deren Vorbereitung auf das Leben es bei der Hochschulreform in erster Linie geht, werden kaum in die Erörterung der Probleme einbezogen.

In der Diskussion auf der Kreisleitungssitzung sprachen 13 Genossen, Genosse Dr. Pavrula, 1. Sekretär der Kreisleitung, unterstrich in seinem Schlußwort, ausgehend vom 4. ZK-Plenum, daß die Hauptaufgabe der Partei in der Hochschulreform darin bestehe, das sozialistische Bewußtsein aller Menschen einschließlich des Verständnisses für die Gesamtpolitik der Partei weiterzuentwickeln. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der wachsenden Rolle des sozialistischen Bewußtseins im Prozeß unserer sozialistischen Entwicklung und in zweiter Linie aus dem zugespitzten Klassenkampf zwischen Imperialismus und Sozialismus.

Das Parteiaktiv wurde nach Reaktionsdruck daran,